

**LAND BURGENLAND****LANDESAMTSDIREKTION - VERFASSUNGSDIENST**

Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
Ballhausplatz 2
1014 Wien

Eisenstadt, am 1.4.2011
E-Mail: post.vd@bgld.gv.at
Tel.: +43 (0)2682/600 - 2344
Fax: +43 (0)2682/600 - 72288
Sachb.: Dr.ⁱⁿ Martina Weinhandl

Antwort bitte unter Anführung der Geschäftszahl

Zahl: LAD-VD-B896-10000-2-2011

Betr.: Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes zur Transparenz von Medienkooperationen mit sowie der Vergabe von Förderungen und Werbeaufträgen an Medienunternehmen (BVG-Medienkooperation und Medienförderung – BVG-MedKF); Begutachtung; Stellungnahme

Bezug: BKA-603.979/0001-V/4/2011

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes zur Transparenz von Medienkooperationen mit sowie der Vergabe von Förderungen und Werbeaufträgen an Medienunternehmen (BVG-Medienkooperation und Medienförderung – BVG-MedKF) erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung Folgendes mitzuteilen:

Vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen besteht kein grundsätzlicher Anlass zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen, jedoch werden folgende Bemerkungen gemacht:

Zum Inhalt:

In Bezug auf den Umfang der Bekanntmachungspflicht wird angeregt, den Kreis der öffentlichen Unternehmungen, die vom gegenständlichen Entwurf erfasst werden, insofern zu überdenken, als Einrichtungen öffentlichen Rechts, vor allem, wenn sie der Rechnungshofkontrolle unterliegen, unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten agieren und daher davon auszugehen ist, dass sie mit ihren Werbegeldern sorgsam

Amt der Burgenländischen Landesregierung • A-7000 Eisenstadt • Europaplatz 1
t: +43 (0) 2682 600 0 • f: +43 (0) 2682 61884
www.burgenland.at • www.e-government.bgld.gv.at
DVR: 0066737

umgehen. Unter Umständen wird durch eine wie im vorliegenden Entwurf gewählte umfassende Einbeziehung aller öffentlichen Unternehmungen (nicht nur jene, die zu 100% von der öffentlichen Hand gehalten werden, sondern alle Unternehmungen, an denen die öffentliche Hand in qualifizierter Weise beteiligt ist) ein in Relation zum Ergebnis sehr hoher administrativer Aufwand erzeugt.

Darüber hinaus wird zu bedenken gegeben, dass es im Zusammenspiel mit § 4 Abs. 7 Presseförderungsgesetz zu einer Doppelregelung kommen kann, da nach dieser Bestimmung sämtliche Förderergebnisse nach Auszahlung ohnehin von der KommAustria in geeigneter Weise zu veröffentlichen sind.

In die Ausnahmebestimmung des § 1 Abs. 4 sollten auch Inserate für offene Stellen bei den vom Geltungsbereich des vorliegenden Entwurfs erfassten Gebietskörperschaften und öffentlichen Einrichtungen aufgenommen werden. Dies würde der Intention des vorliegenden Entwurfes nicht widersprechen, da es sich dabei nicht um Werbeaufträge und Förderungen an Medienunternehmen handelt, sondern lediglich freie Positionen bei den unter die Bekanntmachungspflichten fallenden öffentlichen Stellen publik gemacht werden.

Letztlich könnte die Anwendung und Durchführung des vorliegenden Entwurfs erheblich verzögert oder torpediert werden, da es zu einer Veröffentlichung erst kommt, wenn sämtliche (!) Meldungen entsprechend eingelangt sind, und keine Sanktionen vorgesehen sind, wenn Meldungen nicht gehörig erbracht werden.

Zu Kosten:

In Bezug auf die Kosten wird darauf hingewiesen, dass nach dem vorliegenden Entwurf das Land sämtliche Einschaltungen in Fernsehen, Radio oder in audiovisuellen Mediendiensten, aber auch Beiträge und Inserate in periodischen Druckwerken oder auf einer Website (zB Zeitungen) periodisch zu melden hätte. Weiters hätten auch die Einrichtungen öffentlichen Rechts mit Beteiligung der Gebietskörperschaft Land Burgenland, wenn sich diese im mehrheitlichen Eigentum des Landes befinden, sämtliche Werbeeinschaltungen und Inserate zu melden. Dies würde einen beträchtlichen Zusatzaufwand und damit Kosten verursachen, weshalb das gegenständliche Vorhaben vom Standpunkt der anfallenden Kosten kritisch betrachtet wird.

Es wäre vielmehr darauf Bedacht zu nehmen, dass die Einrichtungen öffentlichen Rechts, vor allem, wenn die der Rechnungshofkontrolle unterliegen, unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten agieren und daher davon auszugehen ist, dass sie mit ihren Werbegeldern sorgsam umgehen.

Eine Ausfertigung dieser Stellungnahme ergeht an die e-mail Adresse „begutachtungsverfahren@parlament.gv.at“.

Mit freundlichen Grüßen!

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr.ⁱⁿ Handl-Thaller

Zl.u.Betr.w.v.


Eisenstadt, am 1.4.2011

1. Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
2. Präsidium des Bundesrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
3. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landesamtsdirektoren)
4. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien

zur gefälligen Kenntnis

Mit freundlichen Grüßen!

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr.ⁱⁿ Handl-Thaller

	<p>Dieses Dokument wurde amtssigniert.</p> <p>Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter http://www.signaturpruefung.gv.at</p> <p>Die Echtheit eines Ausdruckes kann durch Vorlage beim Absender verifiziert werden. Details siehe: http://e-government.bgld.gv.at/amtssignatur</p>
--	---